

Sozialdemokratischer pressediens

P/XXXI/64

2. April 1976

Forderung der Stunde: Konzentration!

Feststellungen zur Lage in der SPD und zu ihren Aufgaben

Von Helmut Rohde MdB / Bundesminister, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD und Mitglied des SPD-Vorstandes

Seite 1 und 2 / 73 Zeilen

Optimismus ist nicht länger Glaubenssache

Bemerkungen zu den erfreulichen Arbeitsmarktdaten des März

Von Egon Lutz MdB / Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Seite 3 und 4 / 55 Zeilen

Die zu dünne Haut der SED

Anmerkungen zu den Angriffen des "Neuen Deutschland"

Seite 5 / 38 Zeilen

Sachliche Information oder Demagogie

Die Alternative der baden-württembergischen Landtagswahl

Seite 6 / 43 Zeilen

Protest gegen neue Agrar-Fehlentwicklung

Marktkonforme Lösung für den Milchsektor dringend nötig

Von Dr. Martin Schmidt (Gellersen) MdB / Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Ernährung/Landwirtschaft/Forsten und Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes

Seite 7 und 8 / 62 Zeilen

Mehr Sicherheit für den Bürger

Gesetz über Entschädigung für Gewalttaten-Opfer kann in Kraft treten

Von Fritz-Joachim Gnädinger MdB / Obmann der SPD-Fraktion im Rechtsausschuß des Bundestages

Seite 9 und 10 / 59 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heuseallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 02 86 37 - 38
Telefax: 02 86 548 - 45 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 109-112, Telefon: 37 66 11

Forderung der Stunde: Konzentration!

Feststellungen zur Lage in der SPD und zu ihren Aufgaben

Von Helmut Rohde MdB

Bundesminister, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft
für Arbeitnehmerfragen in der SPD und Mitglied des SPD-Vorstandes

Die deutsche Sozialdemokratie ist die führende Regierungspartei in einem der wirtschaftlich stärksten Industriestaaten der Welt. Ihre aussenpolitische Reputation ist groß, ihr Ansehen und der Respekt für ihre führenden Kräfte herausragend in der internationalen Politik.

Was sich demgegenüber heute an innerparteilichen Auseinandersetzungen in der SPD abspielt, ist ein klägliches Kontrastprogramm zu ihrer eigentlichen Stärke und politischen Kraft.

Die SPD muß zum Wesentlichen zurückfinden und die Gruppenspielerereien lassen. Eines kann ich als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD eindeutig erklären: Wer die Solidarität aufs Spiel setzt, wer persönliche Profilierung sucht und Tändelei am Rande der Sozialdemokratischen Partei höher schätzt als ihre Aufgabe, sich als führende Regierungskraft auch morgen zu behaupten, der wird auf den entschlossenen Widerstand der organisierten Arbeitnehmerschaft stoßen.

Die deutschen Arbeitnehmer wissen, was sie der Tatsache zu verdanken haben, daß Sozialdemokraten in Deutschland regieren. Wir stehen mit unserem System der sozialen Sicherung eindeutig in der Spitzengruppe in der Welt. Durch großen Fleiß, große persönliche Anstrengungen und solidarische Zusammenarbeit mit unseren gewerkschaftlichen Freunden haben wir in den 70er Jahren entscheidende soziale Fortschritte durchgesetzt. Was viele heute bei uns als die Selbstverständlichkeiten der Sozialen Sicherung hinnehmen, sind in Wahrheit die unerfüllten Forderungen von vielen Millionen von Arbeitnehmern in anderen Ländern der Welt. Diesen für die Arbeits- und Lebensverhältnisse unserer Arbeitnehmer grundlegenden Fortschritt durch intellektuelle Glasperlenapiele und Ämterkungelei zu gefährden, also gleichsam den Konservativen die Wahlkampfmunition frei Haus zu liefern, das werden wir uns nicht gefallen lassen.

Der Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD hat alle Mitglieder der AfA aufgerufen, sich in der Partei aktiv zu engagieren und als Integrationskraft und Reformpotential zugleich zu wirken. Wir sind für sozialdemokratische Regierungsführung auch und gerade für die Zukunft. Davon wird es abhängen, ob in den nächsten schwierigen Jahren des internationalen Strukturwandels in der Weltwirtschaft aktive Beschäftigungspolitik in der Bundesrepublik das erste Ziel bleibt, ob eine auf Ausgleich und Entspannung bedachte Außenpolitik betrieben

wird, mit der die Lebensinteressen der arbeitenden Bevölkerung verbunden sind, und ob schließlich in der gesamten Innenpolitik einschließlich der Bildung der Geist der Reform erhalten bleibt oder ob er in konservativer und restaurativer Einfallslosigkeit und Erstarrung wieder untergeht. Wir haben in unserem Staat mehr sozialen Ausgleich, mehr Mitbestimmung für die Arbeitnehmer, einen besseren Lebensstandard und eine ungleich höhere soziale Sicherung organisiert, als das in vielen anderen Industriestaaten der Welt der Fall ist. Die ausländischen Zeitungen sprechen von der Bundesrepublik als einem "sozialstaatlichen Modell". Warum wird dies nicht zum Selbstbewußtsein aller Sozialdemokraten?

Die Parteiführung muß energisch ihren Auftrag wahrnehmen. Jetzt kommt es auf Konzentration an, d.h., Konzentration aller Kräfte in und für die Sozialdemokratie. Alle Spielereien am Rande unserer Partei sind schädlich. Das muß deutlich so genannt werden, und diejenigen, die sich daran beteiligen, müssen auch entsprechend bewertet werden. Wir sind den Rechts/Links-Schlagabtausch satt und wünschen eine energische Politik, die sich an den Interessen der Arbeitnehmer orientiert. Die Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen, die Millionen Jugendlichen mit ihrem Anspruch auf eine soziale Bildungspolitik und die Millionen Sozialleistungsempfänger: Das ist die Mehrheit unseres Volkes, und für die stehen wir als Sozialdemokraten ein.

Konzentration sozialdemokratischer Politik, das heißt auch, so schnell wie möglich den eigenen Mitgliedern und der deutschen Öffentlichkeit die Wahlplattform vorzulegen, damit Spekulationen aufhören und unbezweifelbar deutlich wird, was sozialdemokratische Regierungspolitik im ganzen für die Zukunft will und bedeutet.

Konzentration heißt aber auch Besinnung auf die Aufgaben im Wahljahr. Die SPD muß so schnell wie möglich - und es ist kein Tag mehr zu verlieren - aus dem innerparteilichen Stellungskrieg heraus- und in den Wahlkampf hineingeführt werden. Das ist die vordringliche Aufgabe der politischen Führung. Je schneller allen Sozialdemokraten durch konkrete Wahlaktionen deutlich gemacht wird, was 1976 auf dem Spiele steht, je eher wir aus dem innerparteilichen Clinch in die offene politische Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner kommen, je eher konkrete Aktionen statt selbstzerstörerischer Diskussionen die Politik der Partei bestimmen, umso schneller werden wir zu unserer eigentlichen Aufgabe finden. Ich bin überzeugt davon, daß vieles an Kleinmut und an politischer Simpelei überwunden wird, wenn die Partei den Wahlkampf um ihre eigentlichen Ziele führt statt sich selbstquälerischen innerparteilichen Gruppenquerelen hinzugeben. (-/2.4.1976/bgy/e/pr)

+ + +

Optimismus ist nicht länger Glaubenssache

Bemerkungen zu den erfreulichen Arbeitsmarktdaten des März

Von Egon Lutz MdB

Mitglied der Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Bei der Vorlage der Arbeitsmarktdaten des Februar sah der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, erstmals "Licht am Ende des Tunnels". Diesmal, die März-Daten erläuternd, ortete Stingl "Silberstreifen am Horizont". Der vorsichtige Präsident sieht also den Tunnel durchschritten. Der Blick weitet sich wieder. Die Arbeitsmarktlage ist mit "gedämpfem Optimismus" nur unzulänglich beschrieben.

Die Daten des März sind allerdings dazu angetan, den Brustkorb zu weiten, tief Luft zu schöpfen und mit Zuversicht die nächste Etappe anzugehen: Die Zahl der Arbeitslosen sank im März um 156 600 auf nunmehr 1 190 000 gegenüber dem Vormonat. Die Arbeitslosenquote liegt jetzt bei 5,2 vH der Beschäftigten; im Februar waren es noch 5,9 vH gewesen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ergibt sich folgendes Bild: Rückgang der Arbeitslosen im März 1975 gegenüber Februar des gleichen Jahres 5,9 vH, jetzt 11,6 vH.

Das Angebot an offenen Stellen stieg um 31 300 oder um 15 vH auf nunmehr 240 000, im Vorjahr war nur eine Steigerung um 5,8 vH zur vergleichbaren Zeit registriert worden. Lediglich die Kurzarbeiterzahlen trüben die Statistik: Hier waren im März 7 462 mehr als im Februar zu verzeichnen, total standen 502 000 Arbeitnehmer in Kurzarbeit (Zunahme: 1,5 vH). Der "Schuldige" war ziemlich schnell ermittelt: Erstmal hatte der Bergbau runde 100 000 Kumpel in Kurzarbeit geschickt und damit die Statistik verbässert. Ohne diese Sonderbewegung auf einem einzelnen Gebiet ist erneut ein kräftiges Abschmalzen der Kurzarbeiterzahlen festzustellen, nämlich um ein rundes Fünftel.

Des "Frühlings linde Lüfte" haben sich natürlich in der Statistik niedergeschlagen. So meldet das Baugewerbe nahezu 30 vH weniger Arbeits-

lose. Aber auch in den Werkhallen wurden die Arbeitsplätze wieder aufgefüllt: Die Zahl der Arbeitslosen in der Metallindustrie sank um 8,4, im Textilbereich um 7,3 und in den Angestelltenberufen um 4,1 vH gegenüber dem Vormonat. Das ist recht wacker, wenngleich sich die verbesserten Arbeitsmarktchancen sehr ungleich auf die Geschlechter verteilen. Lag im Februar die Arbeitslosenquote der Männer noch bei 5,7 vH, sank sie im März auf beachtliche 4,8 vH. Die Frauen stehen weniger günstig da; ihre Arbeitslosenquote sank nur um 0,3 vH auf sechs vH. Wieder einmal bestätigt sich das alte Lied: Höher Qualifizierte haben bessere Chancen, Männer sind meist besser für den Wettbewerb ausgerüstet als das "schwache Geschlecht". Hier steht die Gesellschaft noch vor einer großen Aufgabe. Und sie hat nur ganz wenige Instrumente, diesen grundsätzlichen Strukturdefekt zu beheben.

Die Analyse der März-Daten erscheint verwegen, aber sie sei gewagt: Etwas über die Hälfte der Stellungsuchenden hat aus saisonalen Gründen eine neue Beschäftigung gefunden, der sehr bedeutsame "Rest" geht a conto Aufschwung. Wäre die Bundesanstalt für Arbeit in der Lage, auch noch eine Statistik der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden vorzulegen, würde das Bild noch klarer. Im März wurden nicht nur die Tage, in nicht wenigen Betrieben wurden auch die Schichten länger. Grund genug für den Politiker, diese Tendenz noch aufmerksamer als bisher zu beobachten.

In der "Talschle" wandeln wir nicht mehr. Der "Tunnel" ist durchlaufen. "Silberstreifen am Horizont" werden gesichtet. Sagen wir ganz einfach: Wir sind aus dem Größten heraus, haben Anlaß zur Zuversicht, und wissen, daß die Politik dieser Bundesregierung ihre härteste Belastungsprobe überstanden hat. Zittern mag, wer will. Der Arbeitsmarkt überwindet in den nächsten Monaten Zug um Zug seine Angstgefühle. Optimismus ist nicht länger Glaubenssache: Darauf allein kommt es an!

(-/2.4.1976/va/e/pr)

+ + +

Die zu dünne Haut der SED

Anmerkungen zu den Angriffen des "Neuen Deutschland"

Die aus gegebenem Anlaß, der 30. Wiederkehr des Tages der massiven Ablehnung einer Verschmelzung von SPD und KPD in Westberlin, vom SPD-Vorsitzenden Willy Brandt in Berlin wiederholten Klarstellungen der Positionen der SPD gegenüber den Kommunisten hat in der Ostberliner SED-Zentrale die Nerven offensichtlich überstrapaziert, die in Richtung Bundesrepublik und SPD sowieso schon immer sehr angespannt sind. Die SED und die von ihr gestellte DDR-Führung haben sich trotz aller lauthals verkündeten und dokumentierten Genugtuung über die nunmehr auch gegenüber der Bundesrepublik vertraglich gesicherte Staatsstellung bei weitem noch nicht auf die "Normalisierung" eingependelt, die sie unentwegt fordernd für sich in Anspruch nehmen.

Die überdimensionierte Reaktion des SED-Zentralorgans "Neues Deutschland" auf die deutlichen Worte des SPD-Vorsitzenden sind ein neuer und sicherlich nicht der letzte Beweis für diese dünne Haut, die sich die SED künstlich gegenüber der Bundesrepublik und der SPD erhält. Man wird im deutschen Westen und im westlichen Deutschland damit zu leben haben. Die Position, die die SPD gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik und der sie führenden Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands einnimmt, ist natürlich auch in Ostberlin seit Jahrzehnten bekannt. Insofern konnten also die Darlegungen Willy Brandts keine Überraschung sein. Daß das "Neue Deutschland" im Auftrage der SED-Führung trotzdem so überheftig reagiert, läßt zudem noch erkennen, daß man nicht nur eine zu dünne Haut hat, sondern noch wie vor unausgeglichen und unsicher ist. Dafür spricht auch der mehrfache Hinweis auf Volksfront-Vorstellungen, die man anderswo, und dort natürlich unter völlig anderen Umständen und Bedingungen, was man sich in Ostberlin einfach nicht eingestehen will, gegeben sieht.

Die bis unter die Gürtellinie gehenden Attacken des "Neuen Deutschland" gegen Willy Brandt sind für die SPD eine wiederaufgelebte Gewohnheit. Für die Opposition im westdeutschen Lande, für die CDU und die DSU, sollte der Kommentar des SED-Zentralorgans aber Anlaß genug sein, sich ihrerseits einzugesetzen, daß sie mit ihren Unterstellungen einer Volksfront- oder gar KP-Anfälligkeit der und in der SPD außerhalb des Bereichs einer ernstzunehmenden Agitation liegen. Aber den Mut zur Wahrheit gegen sich selbst wird man in den Unions-Parteien mutmaßlich ebenso wenig finden wie den Mut zur Wahrheit nach außen. (e/2.4.1976/bgy/e/pr)

+ + +

Sachliche Information oder Demagogie

Die Alternative der baden-württembergischen Landtagswahl

Landtagswahlen sind keine Tests für das Wählerverhalten auf Bundesebene. Am wenigsten würde es den Bürgern im baden-württembergischen "Musterländle" einfallen, diese Regel zu durchbrechen. Vor vier Jahren, als in der Bundesrepublik eine politische Grundstimmung anschwellte, die ein halbes Jahr später zu dem größten Wahlerfolg der SPD in der sozialdemokratischen Geschichte führen sollte, hatten die Badener und Schwaben ihre Stuttgarter Regierung mit dem üppigen Anteil von 52,9 % ihrer Stimmen ausgestattet.

Aber wenn auch nicht als Indikator für den Stand der politischen Vorgänge im Staate relevant, so steht doch die Wahl am Sonntag im Südwesten weit über unsere Grenzen hinaus im Brennpunkt des Interesses. Was bewirkt diese Aufmerksamkeit für ein Wahlereignis, dessen Ergebnis, wie die meisten öffentlichen Auguren ja ständig betonten, nicht viel Sensationelles verspricht? Vor allem ein Phänomen tritt hier in Erscheinung: Der grundsätzliche Unterschied im Wahlkampfstil der beiden Hauptakteure Dr. Hans Filbinger und Dr. Erhard Eppler, in dem sich auch die qualitative Verschiedenheit ihrer Politik manifestiert.

Epplers rational-sachliche, auf substantielle Information und toleranten Meinungsaustausch zielende Argumentation löst bis weit in liberal-konservative Kreise hinein tiefen Respekt aus. Es ist bemerkenswert, mit welcher Hochachtung ausländische Beobachter, die für eine fundierte, wenn auch nicht unbedingt immer progressive Meinung Renommee genießen, Epplers nüchterne, ehrliche Aufklärungsarbeit als ein Muster demokratischer Kommunikation zwischen Politiker und Bürger würdigen. Der einzige Einwand, der zu hören war, bestand in der Frage, ob denn nicht doch die Polemik, die den Sachverhalt verkürzende, zum eigenen Vorteil verdrehende Demagogie auch zum Kampf um die Stimme des Wählers gehöre. Und dies vor allem dann, wenn auf der anderen Seite ein Gegner steht, der sich fast ausschließlich dieser (von Eppler verabscheuten) Mittel bedient.

Filbinger argumentierte nicht, er informierte und diskutierte nicht: Er diffamierte und verfälschte. Sein Vorgehen, die mit ihm konkurrierende Politik des Sozial-Liberalen in einem Land mit gediegener liberaler Tradition vermittelte der von ihm propagierten unsinnigen Pseudo-Alternative Freiheit oder Sozialismus zu verketzern, stieß auch in eher konservativen Kreisen auf Unwillen. Das klang, so fand man, schrill, politisch nicht vollwertig; die landesväterliche Attitüde konnte da nur wie Schmierkomödie wirken.

Die wirkliche Alternative für Sonntag in Baden-Württemberg ist klar und eindeutig wie selten bei Landtagswahlen. Es kommt jetzt auf den mündigen Staatsbürger an. Die Konkurrenz in Demokratie hat Eppler jedenfalls bereits jetzt gewonnen.

Claus Preller
(-/2.4.1976/ve/e/pr)

+ + +

Protest gegen neue Agrar-Fehlentwicklung

Marktkonforme Lösung für den Milchsektor dringend nötig

Von Dr. Martin Schmidt (Gellersen) MdB

Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses für Ernährung/
Landwirtschaft/Forsten und Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes

Der Versuch, mit Hilfe einer Kautionsregelung für pflanzliche Eiweißstoffe bis Ende Oktober rund 400.000 t Magermilchpulver aus EG-Beständen in die Futtertröge zu lenken, hat schwere Marktstörungen bewirkt, trifft offensichtlich die Falschen und führt zu unübersehbaren Konsequenzen. Die mehrfache Änderung der Kautionsbeträge sowie die Tatsache, daß heute, fast vier Wochen nach den Beschlüssen des Brüsseler Ministerrats, noch fast alle Durchführungsverordnungen ausstehen, hat zu einer anhaltenden Unruhe und unerfreulichen Verhältnissen auf den Märkten geführt, zumal einige EG-Länder nicht in der Lage waren, die Maßnahmen fristgerecht in Kraft zu setzen, und neuerliche Währungsverschiebungen das Durcheinander noch vergrößert haben.

Im Augenblick sicher ist nur eine empfindliche Belastung aller eiweißhaltigen Futtermittel und damit eine Erhöhung vor allem der Produktionskosten für Schweine, Eier und Geflügelfleisch. Die Mäster und Hennenhalter verweisen darauf, daß sie nicht für die Milchüberschüsse in der Gemeinschaft verantwortlich gemacht werden können. Sie sind umso mehr empört, als sich inzwischen herausgestellt hat, daß eine Belastung auch des Kälberfutters voraussichtlich unterbleibt. Die in Brüssel geplante höhere Beimischung von Magermilchpulver in den sog. Milchaustauschern für Kälber ist nämlich nicht praktikabel, weil sie sich zu leicht umgehen läßt.

Aus einer milchpolitischen Maßnahme wird so eine einseitige Belastung der Erzeuger von Schweinen, Eiern und Geflügelfleisch, die sich trotz der beschwichtigenden Kommentare mancher Verbände mit Recht fragen, ob man ihre berufsständische Solidarität nicht überfordert. Von ihrem Standpunkt aus ist es verständlich, wenn sie verlangen, daß ihre Erlöse in ähnlicher Weise abgesichert werden wie die der Kuhhalter, deren durch die EG-Agrarpolitik fehlgeleitete Produktion den ganzen Ärger schließlich verursacht hat. Nach Informationen aus Brüssel sind ihnen bereits entsprechende Zusagen gemacht worden. So will man die Abschöpfungen und Erstattungen heraufsetzen, also das Angebot

aus Drittländern stärker belasten und die Ausfuhr von Schweinefleisch, Hähnchen und Eiern aus der Gemeinschaft höher subventionieren. Abgesehen von einer unnötigen und deshalb nicht vertretbaren Verteuerung der Verbraucherpreise würde eine derartige Eskalation des Interventionismus zwangsläufig weitere Marktstörungen bewirken. Die betroffenen Drittländer würden sich dagegen noch heftiger zur Wehr setzen wie schon gegen die Magermilchpulveraktion, die in ihren Augen nichts anderes darstellt als ein mit den internationalen Verpflichtungen der Gemeinschaft nicht vereinbarer Ölkuchen-Zoll.

Schon im Hinblick auf mögliche Reaktionen unserer Handelspartner außerhalb der Gemeinschaft, denen die EG-Agrarpolitik keinen Vorwand zu Maßnahmen gegen den deutschen Industrieexport liefern darf, muß von einem neuen "Hähnchenkrieg" ebenso eindringlich gewarnt werden wie vor der Absicht, die unglückselige Kautionsregelung für Magermilchpulver über das vorgesehene Enddatum vom 31. Oktober 1976 hinaus zu verlängern. Dies gilt umso mehr, als sich damit an der leidigen Überschusssituation bei Milch überhaupt nichts ändert.

Die Ursache der Fehlentwicklung ist schließlich darin zu suchen, daß es in der EG zwei Millionen Kühe zuviel gibt, deren Produktion unter normalen Bedingungen nicht abzusetzen ist und die deshalb zu immer höher werdenden Bergen aufgetürmt oder mit Milliardenbeträgen verschleudert wird. Bisher sind allein die Steuerzahler dafür aufgekommen. Jetzt werden auch die Mäster und Hennenhalter zur Kasse gebeten, und morgen sollen es die Verbraucher von Schweine- und Geflügelfleisch und Eiern sein. Daß dies keine Lösung ist, liegt auf der Hand.

Wir brauchen eine marktkonforme Lösung. Sollte sie nicht möglich sein, dann bleibt nur die Alternative einer einheitlich durchgeführten Kuhabschlachtaktion, die zweckmäßigerweise nach dem "Verursacherprinzip" finanziert werden sollte - durch Abgaben der Milcherzeuger. Ein "Milchpfennig" ist von deutscher Seite in Brüssel bereits beantragt worden. Die Entscheidung darüber wurde in der jüngsten Agrarpreisrunde vertagt.

In Brüssel muß die Bundesregierung bei allen Bemühungen zur Lösung dieser Probleme der drängende Part bleiben und das nicht nur im Interesse der von der jetzigen Regelung betroffenen Gruppen. (-/2.4.1976/va/e/pr)

+ + +

Mehr Sicherheit für den Bürger

Gesetz über Entschädigung für Gewalttaten-Opfer kann in Kraft treten

Von Fritz-Joachim Gnädinger MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Rechtsausschuß des Bundestages

Der Deutsche Bundestag hat dem Vorschlag des Vermittlungsausschusses zugestimmt und - nach der Intervention des Bundesrates - Änderungen an seinem ursprünglichen Beschluß zum Opferentschädigungsgesetz vorgenommen. Bei den Änderungen geht es um die Verteilung der Kostenlast und die Herausnahme einer Bestimmung, die - abweichend von den übrigen Regelungen des Gesetzes und seinem System - eine Möglichkeit zur Entschädigung von Sachschäden vorseh. Die Streichung dieser Bestimmung ist hinnehmbar; das Problem sollte allerdings demnächst im Zusammenhang mit der Reform des Staatshaftungsrechtes angegangen werden.

Die Länder, die nunmehr 60 vH der Kosten für die Durchführung des Opferentschädigungsgesetzes übernehmen, haben damit im Grundsatz ihre zunächst bestrittene Verpflichtung anerkannt, daß sie aus dem Gesichtspunkt der sachlichen Anknüpfung zu haften haben. Wenn sich der Bund nun an den Kosten beteiligt, so ist das der Bundesregierung hoch anzurechnen. Sie hat mit diesem Entgegenkommen verhindert, daß das Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten zum Spielball der von CDU und CSU kontrollierten Bundesratsmehrheit wird, und sie hat vor allem die Gefahr gebannt, daß das Gesetz selbst auf der Strecke bleibt.

Mit dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten ist das System der sozialen Sicherung in einem wichtigen, bisher vernachlässigten Bereich erweitert und verstärkt worden. Aber auch das Maß an innerer Sicherheit, die der Bürger zu Recht verlangt, hat sich verbessert. Denn: Wer innere Sicherheit nur mit Polizei oder Kampf gegen den Terror übersetzt, vergibt leichtfertig Möglichkeiten. Die Sorge für die Opfer von Gewaltkriminalität, mit der nun endlich ernst gemacht worden ist, besteht nicht nur in materiellen Leistungen, sondern in der Erweckung und Erhaltung des allgemeinen Gefühls, daß jedes Opfer einer Gewalttat künftig nicht nur privaten Mitleids, sondern vielmehr auch öffentlicher Hilfe gewiß sein kann. Dieser weitere Mosaikstein ist in das Gebäude des sozialen Rechtsstaates nicht nur auf Kosten des Steuerzahlers eingefügt worden. Denn

der Staat kann auch auf den Täter zurückgreifen und die Leistungen, die erbracht worden sind, von diesem zurückfordern. Die Opfer von Gewalttaten werden immer dann eine Entschädigung erhalten, wenn sie keine anderweitigen sozialen Sicherungen beanspruchen können. Das gilt für Gesundheitsschäden und die daraus entstandenen Vermögensschäden, etwa durch Erwerbsunfähigkeit. Diese Bestimmung trägt dem Bedürfnis Rechnung, daß die Allgemeinheit für Schäden aufzukommen hat, die durch schwerwiegende kriminelle Handlungen entstanden sind. Der gewaltsam Überfallene befindet sich in einer besonderen Situation.

Es mag als unbillig empfunden werden, daß das Gesetz eine Entschädigung nur für solche Taten vorsieht, die nach seinem Inkrafttreten begangen werden. Eine andere Lösung war jedoch nicht möglich. Hätte man auch die zurückliegenden Taten in den Kreis der Entschädigungsfähigen aufgenommen, wäre die finanzielle Belastung unüberschaubar geworden.

Die kriminalpolitische Aufgabe der Verbrechensbekämpfung ist mit dem Gesetz um die Entschädigung der Verbrechensopfer erweitert worden. Das zeigt deutlich, daß die gesetzgeberische Aufmerksamkeit der sozialliberalen Bundesregierung und der sie tragenden Koalitionsfraktionen in den vergangenen Jahren nicht nur dem Straftäter und seinen Problemen, sondern eben auch den Opfern von Straftaten gegolten hat. Das Gesetz ist in der deutschen Rechtsordnung ohne Vorbild. Es ist gesetzgeberisches Neuland betreten worden. Die Bundesrepublik Deutschland hat damit einmal mehr ihren Anspruch bekräftigt, ein Staat mit einem besonders dichten Netz sozialer Sicherung zu sein. Die Notwendigkeit, dieses Netz auszubauen, schmälert nicht die Befriedigung über das bisher Erreichte. Das Opferentschädigungsgesetz dokumentiert so gesehen den Willen der sozialliberalen Koalition, den Möglichkeiten entsprechend Stück für Stück allen jenen zu helfen, die noch nicht im vollen Genuß dessen sind, was eine moderne sozialstaatliche Ordnung erfordert.

(-/2.4.1976/va/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Freiler